

Deutscher Bundestag  
z.Hd. der Präsidentin des Deutschen  
Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[REDACTED], den 09.05.2026

## **Offener Brief an den Deutschen Bundestag und die Fraktionen des Deutschen Bundestages**

**Betreff: Wahrung der Pressefreiheit, demokratischen Debattenkultur und  
parlamentarischen Verantwortung**

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin,  
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,  
sehr geehrte Damen und Herren der Fraktionen,

mit diesem offenen Brief wende ich mich als Privatperson an Sie in großer Sorge um die politische Debattenkultur, die Pressefreiheit und das Verantwortungsbewusstsein, das von gewählten Mitgliedern des Deutschen Bundestages erwartet werden darf.

Anlass dieses Schreibens sind die öffentlich bekannt gewordenen Äußerungen der Bundestagsabgeordneten Saskia Esken im Zusammenhang mit dem Podcastformat „Ben ungeskriptet“ von Benjamin Berndt und dem dort geführten Gespräch mit Björn Höcke.

Nach öffentlicher Berichterstattung hat Frau Esken in diesem Zusammenhang ein sogenanntes „Blacklisting“ beziehungsweise einen Werbeboykott gegenüber einem freien journalistischen Format ins Spiel gebracht. Diese Äußerung halte ich für demokratisch hochproblematisch.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, politische Positionen eines Interviewgastes zu bewerten oder zu verteidigen. Es geht auch nicht darum, Kritik an einem Interview, an einem Gesprächsformat oder an einem politischen Akteur zu unterbinden. Kritik ist in einer Demokratie zulässig, notwendig und geschützt.

Der entscheidende Punkt ist ein anderer: Wenn ein Mitglied des Deutschen Bundestages öffentlich wirtschaftlichen Druck gegen einen freien Journalisten, Podcaster oder Medienunternehmer anregt, wird eine Grenze überschritten. Die politische Auseinandersetzung verlagert sich dann von der argumentativen Ebene auf die wirtschaftliche Ausschaltung missliebiger Stimmen.

Das halte ich für mit dem Geist einer freiheitlichen Demokratie unvereinbar.

Die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit lebt davon, dass auch unbequeme, kontroverse und politisch schwer erträgliche Gespräche geführt, veröffentlicht, kritisiert und eingeordnet werden können. Journalistische Tätigkeit darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob die Auswahl eines Gesprächspartners den politischen Erwartungen einzelner Mandatsträger entspricht.

Eine demokratische Gesellschaft muss es aushalten, dass Journalisten auch Personen interviewen, deren politische Positionen umstritten, radikal oder schwer erträglich erscheinen. Der richtige Umgang damit ist kritische Einordnung, Widerspruch, Recherche und öffentliche Gegenrede - nicht Blacklisting, Boykottdruck oder wirtschaftliche Sanktionierung.

Besonders problematisch erscheint der Vorgang deshalb, weil die Äußerung nicht von einer beliebigen Privatperson stammt, sondern von einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Bundestagsabgeordnete tragen eine besondere institutionelle Verantwortung. Sie verfügen über politische Reichweite, öffentliche Autorität und erheblichen Einfluss auf die politische Meinungsbildung. Gerade deshalb müssen ihre Äußerungen mit besonderem Maß, besonderer Sorgfalt und besonderem Respekt vor den Grundfreiheiten erfolgen.

Ein Parlament lebt vom Streit. Aber dieser Streit muss mit den Mitteln der Demokratie geführt werden: Argument, Gegenargument, parlamentarische Rede, öffentliche Kritik, sachliche Entgegnung und rechtsstaatliche Verfahren. Wirtschaftlicher Druck auf freie Medienformate gehört nicht dazu.

Ich bitte den Deutschen Bundestag und die Fraktionen daher um eine klare Einordnung dieses Vorgangs.

Konkret bitte ich um Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1. Ob es aus Sicht des Deutschen Bundestages und der Fraktionen mit der besonderen Verantwortung eines Bundestagsmitgliedes vereinbar ist, gegenüber einem freien journalistischen Format öffentlich ein „Blacklisting“ oder einen Werbeboykott anzuregen.
2. Ob der Deutsche Bundestag und die Fraktionen die Auffassung teilen, dass politische Kritik an Medieninhalten selbstverständlich zulässig ist, wirtschaftlicher Druck auf Journalisten, Podcaster oder Medienunternehmer jedoch eine andere Qualität hat.
3. Ob der Deutsche Bundestag und die Fraktionen bereit sind, öffentlich zu bekräftigen, dass journalistische Gespräche mit kontroversen politischen Akteuren nicht durch politische oder wirtschaftliche Einschüchterung verhindert werden dürfen.
4. Ob Frau Esken gebeten wird, ihre Äußerungen klarzustellen und sich von dem Begriff sowie dem Instrument des „Blacklisting“ gegenüber freien Medienakteuren zu distanzieren.

Darüber hinaus betrachte ich mit Sorge, dass politische Gegner in der öffentlichen Debatte zunehmend pauschal mit historisch schwer belasteten Begriffen belegt werden. Die wiederholte Bezeichnung eines Oppositionspolitikers als „Nazi“ halte ich - unabhängig von der politischen Bewertung seiner Positionen - für der Würde eines parlamentarischen Amtes nicht angemessen.

Gerade Mitglieder des Deutschen Bundestages tragen eine besondere Verantwortung für die politische Sprache im Land. Harte Kritik, klare Abgrenzung und entschiedener Widerspruch sind in einer Demokratie notwendig und legitim. Pauschale Herabsetzungen ersetzen jedoch keine politische Auseinandersetzung. Sie verschärfen gesellschaftliche Lagerbildung, beschädigen die Debattenkultur und senken das Vertrauen in parlamentarische Institutionen.

Der Begriff „Nazi“ ist historisch schwerwiegend. Er darf nicht zu einem alltäglichen Kampfbegriff in der parlamentarischen Auseinandersetzung herabgestuft werden. Wer diesen Begriff verwendet, muss sich der historischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Tragweite bewusst sein.

Auch insoweit bitte ich den Deutschen Bundestag und die Fraktionen um eine klare Positionierung:

5. Ob die Fraktionen die Auffassung teilen, dass auch scharfe politische Kritik in einer Weise erfolgen muss, die der Würde des parlamentarischen Mandats entspricht.

6. Ob eine wiederholte pauschale Verwendung historisch extrem belasteter Begriffe gegenüber politischen Gegnern aus Sicht des Parlaments mit einer verantwortungsvollen demokratischen Streitkultur vereinbar ist.
7. Ob die Mitglieder des Deutschen Bundestages dazu angehalten werden sollten, politische Auseinandersetzungen mit begrifflicher Präzision, sachlicher Härte und institutionellem Verantwortungsbewusstsein zu führen.

Ich stelle ausdrücklich klar: Dieser offene Brief richtet sich nicht gegen legitime Kritik an politischen Positionen, Parteien oder Personen. Er richtet sich auch nicht gegen die entschiedene Auseinandersetzung mit extremistischen, radikalen oder demokratiefeindlichen Tendenzen. Eine solche Auseinandersetzung ist notwendig.

Aber sie muss mit demokratischen Mitteln geführt werden.

Eine freiheitliche Demokratie darf nicht den Eindruck erwecken, dass unliebsame Gespräche, unbequeme Journalisten oder kontroverse Interviewformate durch wirtschaftlichen Druck unterbunden werden sollen. Ebenso darf die politische Sprache nicht derart eskalieren, dass Begriffe von größter historischer Schwere zum routinemäßigen Etikett im Tageskampf werden.

Der Deutsche Bundestag ist das zentrale Organ unserer parlamentarischen Demokratie. Von seinen Mitgliedern erwarten Bürgerinnen und Bürger zu Recht ein besonderes Maß an Verantwortungsbewusstsein, demokratischer Fairness und Respekt vor den Freiheitsrechten, die unser Grundgesetz schützt.

Ich bitte daher um eine schriftliche Stellungnahme und um eine erkennbare öffentliche Einordnung dieses Vorgangs.

Zugleich behalte ich mir vor, diesen offenen Brief sowie eingehende Antworten öffentlich zu dokumentieren.

Mit freundlichen Grüßen

Diemar [REDACTED]